

Fragen

**für die Fragestunde der 150. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Januar 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	10, 19	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	20, 21
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	31	Niebel, Dirk (FDP)	7
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	13, 30	Pau, Petra (fraktionslos)	2, 28
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	1, 32	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) . . .	15, 16
Geis, Norbert (CDU/CSU)	3, 4	Rzepka, Peter (CDU/CSU)	35
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	14	Seiffert, Heinz (CDU/CSU)	22, 23
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	24, 25	Straubinger, Max (CDU/CSU)	5, 6
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	8, 9	Vogel, Volkmar Uwe (CDU/CSU)	33, 34
Königshaus, Hellmut (FDP)	36, 37	Voßhoff, Andrea (CDU/CSU)	29
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	11, 12	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) . . .	17, 18
Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	26, 27		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002, die die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln sicherstellen soll, die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer bei Projekten wie z. B. den „Bückerburger Tafeln“ gefährdet wird, da das Ausfüllen des Lieferscheines, der durch die EG-Verordnung als so genanntes vereinfachtes Dokumentationsverfahren eingeführt wird, einen für ehrenamtlich Tätige unangemessen hohen Zeitaufwand bedeutet, und welche Maßnahmen zur Unterstützung der Tafeln wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen (vergleiche Berichterstattung im Schaumburger Wochenblatt vom 28. Dezember 2004)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und
Soziale Sicherung**

2. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Wie viele Einsparungen konnten die Krankenkassen im Gefolge der Gesundheitsreform im Jahre 2004 erzielen, und wie viele Krankenkassen haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahre 2004 die Beiträge gesenkt bzw. nicht gesenkt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordneter
**Norbert
Geis**
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Behinderungen der missionarischen Tätigkeit christlicher Kirchen in der Türkei bekannt?
4. Abgeordneter
**Norbert
Geis**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Rahmen der Aufnahmeverhandlung der Türkei in die EU darauf hinwirken, dass christliche Gemeinden in der Türkei rechtlich anerkannt werden und als Rechtsperson rechtsgeschäftlich tätig werden können?

- | | |
|---|---|
| 5. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) | In welcher Höhe hat die Bundesregierung dem Iran Finanzmittel für die akute Katastrophenhilfe und die Beseitigung der Folgen des starken Erdbebens in der Region Bam im Dezember 2003 insgesamt in Aussicht gestellt? |
| 6. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) | Wurden die zugesagten Finanzmittel bereits vollständig ausbezahlt? |
| 7. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP) | Trifft es zu, dass das aus dem Bundeshaushalt finanzierte Goethe-Institut für die Abnahme von Prüfungen eine Preisdifferenzierung zwischen internen und externen Prüflingen vornimmt, die mit einer erheblichen Verteuerung für die letzte Gruppe und Wettbewerbsnachteilen für andere Sprachinstitute verbunden ist, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung dies? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Was unternimmt die Bundesregierung, damit sichergestellt wird, dass die staatlichen und privaten Hilfsmittel der Bundesrepublik Deutschland in den von der Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 betroffenen Ländern in Süd- und Südostasien sowie in Afrika effektiv, schnell, unbürokratisch und koordiniert eingesetzt werden? |
| 9. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Was unternimmt die Bundesregierung auf internationaler Ebene, damit die Koordination der europäischen und internationalen Hilfe in den von der Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 betroffenen Ländern optimiert bzw. sichergestellt wird, um beim Einsatz der vielen Hilfsorganisationen eine ausgewogene Verteilung der Hilfe sicherzustellen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU) | Wie viele Nebentätigkeitsgenehmigungen wurden Mitarbeitern der obersten Bundesbehörden 2004/2005 – nach Bundesministerien aufgeschlüsselt – erteilt? |
|---|--|

11. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Vorschläge hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung hinsichtlich des öffentlichen Dienstrechts unterbreitet – wie er am 10. Januar 2005 auf der Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen ausgeführt hat – und wo ist diese „Reihe von Vorschlägen“ im Einzelnen nachzulesen?
12. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Erwägungen des Bundesministers des Innern, Otto Schily, zur Gleichstellung des Islam mit den christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden (z. B. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 6. Dezember 2004) und/oder die diesbezüglichen Forderungen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Marieluise Beck, aus deren 20-Punkte-Katalog zur Islamismusbekämpfung vom 24. November 2004, und welche konkreten Rechtsänderungen plant die Bundesregierung?
13. Abgeordneter
Clemens Binninger
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen ist die Bundesregierung nicht bereit, den verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Luftsicherheitsgesetz von Bundespräsident Horst Köhler dadurch Rechnung zu tragen, dass sie das Gesetz entsprechend den von der Fraktion der CDU/CSU geforderten Punkten von selbst nachbessert?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

14. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen (Münchener Merkur vom 8./9. Januar 2005) zu, nach denen der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, Pläne der französischen Regierung nach einer regional gestaffelten Benzinststeuer billigen will, und warum lehnt er ähnliche Vorschläge zur Eindämmung des Tanktourismus in Deutschland ab?

*) Siehe hierzu auch Frage 30.

15. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht
(Weiden)**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union dem Antrag Frankreichs auf Senkung und auf regionale Differenzierung seiner Mineralölsteuer zustimmen wird, und wenn ja, aus welchen Gründen hat sie ihre Meinung in Bezug auf die Verträglichkeit des Antrags mit dem Funktionieren des Binnenmarktes geändert?
16. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht
(Weiden)**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine zu der von Frankreich beantragten Senkung und regionalen Differenzierung der Mineralölsteuer vergleichbare Maßnahme auch in Deutschland zu ergreifen, vor allem auch, um dem Problem des so genannten Tanktourismus in den deutschen Grenzregionen entgegenzuwirken, ohne dabei die Regeln des Binnenmarktes zu verletzen?
17. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil der Mittel, die bereits im Rahmen des Bundeshaushalts 2005 aufgewendet werden, an den von der Bundesregierung beschlossenen Mitteln zur Wiederaufbauhilfe für die von der Erdbeben- und Flutkatastrophe in Süd- und Südostasien betroffenen Gebiete in Höhe von insgesamt 500 Mio. Euro, und welche Einzeltitel des Bundeshaushalts sind davon betroffen?
18. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU)
- Welche weiteren Jahrestanchen für die Verausgabung der Wiederaufbaumittel sind geplant, und wo werden diese im Bundeshaushalt etatisiert werden?
19. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Auf welche Einnahmeausfälle würde sich der Schuldenerlass bzw. die Stundung der Schulden für die von der Tsunami-Katastrophe betroffenen Länder für den Bund in den Jahren 2005 ff. belaufen?
20. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Mit welchen Vorschlägen gedenkt die Bundesregierung, sich im Rahmen der Verhandlungen zur zukünftigen europäischen Strukturpolitik bezüglich der nächsten Förderperiode 2007 bis 2013 zugunsten der deutschen Grenzregionen zu den EU-Osterweiterungsstaaten einzusetzen, um zusätzliche Finanzhilfen zur Abmilderung des Lohn-, Sozialkoss-

ten- und Steuergefälles im Rahmen eines Grenzgürtelprogramms zu erlangen, die über eine bisher angedachte Förderung nach Ziel-1-, Ziel-2- und Ziel-3-Gebieten hinausgehen, und wenn keine Vorschläge vorhanden sind, warum nicht?

21. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Mit welchen Mehraufkommen rechnet die Bundesregierung bei Wegfall der Pendlerpauschale und bei Wegfall der Sonderregelungen für die von der Ökosteuer betroffenen Wirtschaftszweige?

22. Abgeordneter
**Heinz
Seiffert**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass noch in diesem oder im nächsten Jahr die gegenwärtig diskutierte Fortentwicklung der Ökosteuer umgesetzt werden sollte, und wenn nein, warum nicht?

23. Abgeordneter
**Heinz
Seiffert**
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen würden sich in Zusammenhang mit einer Fortentwicklung der Ökosteuerreform auf das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen ergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

24. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung davon informiert, dass unmittelbar am Grenzübergang Furth i. W./Folmava auf tschechischer Seite ein Einkaufszentrum (18 800 qm Verkaufsfläche) entsteht, bzw. finden Abstimmungsgespräche zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik statt, wenn solche Großprojekte mit einem derartigen grenzüberschreitenden Einzugsgebiet entstehen?

25. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)

Wird dieses oder werden ähnliche Projekte mit nationalen oder europäischen Strukturfördermitteln unterstützt, und wenn ja, mit welchen Fördersätzen?

26. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Welche politischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des „Sozialreport 50plus“, deren Autoren zu der Erkenntnis kommen, dass „die Ostdeutschen, die zwischen 1940 und 1954 geboren wurden, ... die Wendeverlierer (sind)“ und dass „das größte Problem für diese Altersgruppe die Arbeitslosigkeit (ist)“ und „nur noch 41 Prozent einen Arbeitsplatz (haben), 31 Prozent bereits in Rente oder Altersteilzeit (und) 27 Prozent arbeitslos (sind)“ und dass „in den neuen Bundesländern 41 Prozent aller Betriebe, ..., keine über 50-Jährigen mehr (beschäftigen)“ (Berliner Zeitung, 11. Januar 2005)?

27. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Treffen die Aussagen von Wirtschaftswissenschaftler Stefan Sell zu, dass „Kinder ab sieben Jahren ... beim Arbeitslosengeld II schlechter (gestellt sind). Sie bekommen deutlich mehr als zehn Prozent weniger als bisher in der Sozialhilfe. Das bedeutet konkret, dass ein Kind über sieben Jahren 1,33 Euro im Monat für Schulmaterialien zur Verfügung steht. Oder 1,56 Euro für Spielzeug.“ und hält die Bundesregierung 1,33 Euro im Monat für Schulmaterial für ausreichend (www.swr.de/report/archiv/sendungen/050110/05)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

28. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Gefahrenlage für die Wiederaufbauteams der Bundeswehr in Afghanistan, Kundus und Faisabad, und treffen Meldungen in den Medien zu, dass die Bundesregierung eine Verstärkung des Afghanistan-Einsatzes plant (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Januar 2005)?

29. Abgeordnete
**Andrea
Voßhoff**
(CDU/CSU)

Wie hoch sind die Summen, die seit 1990 jeweils in die Bundeswehrstandorte Viereck, Hagenow, Bad Segeberg und Brandenburg an der Havel investiert wurden?

30. Abgeordneter
**Clemens
Binninger**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung für die Luftwaffenpiloten des Bundeswehrverbandes, die bereits 2004 Befehlsverweigerung angekündigt hatten, falls der Abschuss einer Zivilmaschine angeordnet wür-

de, die notwendige Rechtssicherheit, und inwieweit teilt sie die Auffassung, dass die Luftwaffenpiloten durch das Luftsicherheitsgesetz in dem Zustand der Unsicherheit belassen werden?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

31. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)

Gibt es Pläne der Bundesregierung, noch vor der Bundestagswahl im Jahr 2006 ein Investitionsprogramm u. a. zu Gunsten von Baumaßnahmen der öffentlichen Hand und der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur aufzulegen, und wenn ja, wird aus diesem Programm der Bau von dringend benötigten Vorhaben z. B. des Bundesverkehrswegeplans (wie z. B. die Ortsumgehung Marienberg–Bundesstraße B 174) ermöglicht?

32. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Havarie des Schiffsfrachters „Schieborg“ vor Borkum (vergleiche Berichterstattung der Borkumer-Zeitung vom 13. Januar 2005) die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, vom 7. Juni 2004 auf meine schriftliche Frage 77 in Bundestagsdrucksache 15/3284, und wie begründet sie ihre Haltung?

33. Abgeordneter
**Volkmar Uwe
Vogel**
(CDU/CSU)

Kann vor dem Hintergrund widersprüchlicher Presseaussagen im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um den Flughafen Altenburg-Nobitz die Landesluftfahrtbehörde oder aber der Flugplatzbetreiber in jeweils eigener Zuständigkeit von den Vorgaben des Bundes, also den „Richtlinien über die Hindernisfreiheit an Flugplätzen mit Instrumentenlandebahnen“ abweichen, oder muss hierzu die Landesluftfahrtbehörde oder aber der Flugplatzbetreiber zunächst eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen einholen?

*) Siehe hierzu auch Frage 13.

34. Abgeordneter
**Volkmar Uwe
Vogel**
(CDU/CSU)

Mit welchen konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung dem Freistaat Thüringen und den Gesellschaftern der Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH vor dem Hintergrund des von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrages „Luftverkehrsstandort Deutschland – Koordination und Kooperation verbessern – Nachhaltigen Luftverkehr für die Zukunft sichern“ (Bundestagsdrucksache 15/4518) und den darin formulierten erheblichen Bedenken gegen Regionalflughäfen und „Billigflieger“ helfen, die Zukunft des Flugplatzes Altenburg-Nobitz zu sichern?

35. Abgeordneter
**Peter
Rzepka**
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine Erhöhung der LKW-Maut und eine Einführung der Steuer auf grenzüberschreitende Flüge für vereinbar mit dem internationalen Recht?

36. Abgeordneter
**Hellmut
Königshaus**
(FDP)

Ist die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, auf meine Fragen 57 und 58 in der Fragestunde am 15. Dezember 2004, Plenarprotokoll 15/147, S. 13753 D, so zu verstehen, dass nach Auffassung der Bundesregierung es nicht zu beanstanden sei, wenn das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) als Beteiligter in einem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht unzutreffende Darstellungen abgab bzw. seit dem Zeitpunkt der Planfeststellung unzutreffend gewordene Darstellungen über die zu diesem Zeitpunkt bereits bekannte, aber die vom EBA gegenüber dem Gericht bestrittene Verlagerung von Verkehr von der Dresdner auf die Anhalter Bahn aufrechterhielt, obgleich es wusste oder auf Grund seiner Fachkenntnis hätte wissen müssen, dass genau diese falsche Darstellung die Entscheidung des Gerichts wesentlich beeinflussen würde und im konkreten Fall schließlich auch zur Klageabweisung geführt hat?

37. Abgeordneter
**Hellmut
Königshaus**
(FDP)

Ist aus der genannten Antwort ferner zu schließen, dass die Bundesregierung glaubt, hinsichtlich des EBA weder Fach- noch Dienstaufsicht ausüben zu dürfen, und wie will die Bundesregierung dann sicherstellen, dass diese Behörde nicht zu Lasten der betroffenen Kläger vor dem Bundesverwaltungsgericht unwahre Sachverhaltsdarstellungen abgibt und womöglich auch zukünftig in weiteren Verfahren abgeben kann?

